



## Kontrolliert

Am 18. Mai griffen US-Kampfflugzeuge einen Militärkonvoi im Südosten Syriens an. Washington will gemeinsam mit seinen Verbündeten diesen Teil des Landes gezielt destabilisieren und schließlich abtrennen.  
Von Karin Leukefeld

SEITE 3

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 26. MAI 2017 · NR. 121 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Kampf um Arbeitsruhe

Ver.di klagt gegen Verordnung der Stadt Potsdam zu verkaufsoffenen Sonntagen. Interview

2

### Sanktionen statt Jobs

Bundesagentur für Arbeit vermittelt immer weniger Erwerbslose. Jeder dritte muss in Leiharbeit

5

### Polen unter Zugzwang

Brüssel will bis 2025 fast allen EU-Staaten den Euro bringen. Von Reinhard Lauterbach

9

### 150 Jahre Aktualität

Vorabdruck: 1867 erschien Karl Marx' »Das Kapital« in Hamburg. Von Michael R. Krätke

12

# Temer ruft das Militär

Eskalation der Gewalt bei Protesten gegen Brasiliens korrupten Staatschef. Armee soll Demonstranten in Schach halten.

Von Peter Steiniger



Blutige Gewalt auf der Esplanade der Ministerien: Brasiliens illegitimer Präsident versteckt sich hinter Polizei und Militär

Szenen wie im Krieg in Brasiliens Hauptstadt: Rauchsäulen und Schüsse im Regierungsviertel. Ein Protestmarsch von Zehntausenden gegen das soziale Abbruchprogramm der Regierung, für den sofortigen Abtritt von Präsident Michel Temer und für Neuwahlen wurde am Mittwoch nachmittags (Ortszeit) nach friedlichem Beginn von Militärpolizei und Nationalgarde gewaltsam attackiert. Ziel der Demonstration unter dem Motto »Ocupa Brasília« war das Gebäude des Nationalkongresses an der Esplanade der Ministerien. Aufgerufen hatten Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

Aus dem ganzen Land waren die Teilnehmer mit annähernd 1.000 Bussen angereist. 500 Meter vor dem Parlament erwartete sie die auf Krawall gebürstete Staatsmacht. Pfefferspray kam zum Einsatz, Blendgranaten und Tränengas folgten, berittene Polizei prügelte auf Demonstranten ein. In den

Zug – die Organisatoren schätzten ihn anschließend auf mindestens 150.000 Menschen – hatten sich auch kleine Gruppen Maskierter eingereiht, die mit Akten des Vandalismus der Eskalation der Gewalt Vorschub leisteten. Ein Einsatz von Provokateuren kann angenommen werden. Am Agrarministerium wurde Feuer gelegt, weitere sieben der sämtlich evakuierten Gebäude der Behörden wurden beschädigt. 49 Verletzte, darunter auch eine Handvoll Polizisten und mehrere Reporter, mussten in die Notaufnahmen der Krankenhäuser eingeliefert werden. Es gab acht Festnahmen. Wie die Zeitung *Folha de São Paulo* berichtet, setzten Beamte auch Schusswaffen mit tödlicher Munition ein und feuerten in die Menge. Dabei hätte es sich nicht um Angehörige des Bataillons der Militärpolizei gehandelt, das gegen die Demonstration vorgehen sollte. Eine Untersuchung der ungesetzlichen Vorfälle sei eingeleitet worden.

Präsident Temer nahm die Ausschreitungen zum Anlass, um die Armee auf die Straße zu rufen. Eine Woche lang sollen Soldaten im Bundesdistrikt Brasília für »Recht und Ordnung« sorgen. Die Streitkräfte sollen sowohl zum Schutz öffentlicher Einrichtungen als auch bei neuen Demonstrationen zum Einsatz kommen. Die Anordnung erfolgte ohne Konsultation mit dem Gouverneur von Brasília, Rodrigo Rollemberg, der von einer »extremen Maßnahme« sprach und bezweifelt, dass sie von der Verfassung gedeckt ist. Temers Schritt weckt Erinnerungen an die Zeit der Militärdiktatur (1964-1985). Nicht nur die linke Opposition protestiert scharf, auch konservative Kommentatoren sehen diesen Schritt als Zeichen der Schwäche einer an die Wand gedrückten Regierung.

Temers neoliberales Programm mit Renten Kürzungen, der Aushöhlung

des Arbeitsrechts und Privatisierungen trifft auf massenhaften Widerstand. Der Präsident selbst befindet sich in einer aussichtslosen Lage, nachdem mitgeschnittene Gespräche mit einem Unternehmer des Fleischkonzerns JBS öffentlich wurden, die seine Verwicklung in einen Schweigegegeldskandal und in Korruptionsfälle belegen. Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot hat Ermittlungen wegen Beteiligung an organisierter Kriminalität gegen Temer eingeleitet und in den vergangenen Tagen bereits mehrere Vertraute des Präsidenten verhaften lassen. Selbst der mächtige Medienkonzern Globo, der Temer und den Parlamentsputsch, der ihn vor einem Jahr ins Amt brachte, förderte, hat sich gegen ihn entschieden. Neue Enthüllungen sind zu erwarten. Hinter den Kulissen diskutieren die politischen Drahtzieher das Wann und Wie seiner Entsorgung. Temer geht das Pulver bald aus.

## Auslandseinsätze erneut verlängert



Berlin. Die Bundeswehr soll sich weiter an Militäreinsätzen im Mittelmeer beteiligen. Das Kabinett billigte am Mittwoch nach Angaben von Regierungssprecher Steffen Seibert die Mandatsverlängerung für die EU-Operation Eunavfor Med (»Sophia«) in den Gewässern zwischen Libyen und Italien sowie für die UN-Mission UNIFIL vor der libanesischen Küste. Beide Militäroperationen sollen um ein Jahr bis zum 30. Juni 2018 verlängert werden. Der angebliche Zweck der Mission »Sophia« ist es, gegen Schleusernetzwerke vorzugehen. Wegen des Einsatzes sind rund 90 deutsche Soldaten in der Region, die Zahl kann auf bis zu 950 Soldaten aufgestockt werden. Mit UNIFIL sollen angeblich Waffenschmuggler gestoppt werden. Die Mission dient der Bundeswehr dazu, derzeit 120 Soldaten vor die libanesischen Küste zu schicken. Die Obergrenze liegt bei 300. (AFP/JW)

■ Siehe Seite 8

## USA provozieren im Südchinesischen Meer

Washington. Ein US-Kriegsschiff hat eine von China beanspruchte Insel im Südchinesischen Meer passiert. Informationen aus US-Regierungskreisen zufolge näherte sich die »Dewey« bis auf zwölf nautische Meilen den Spratly-Insel. Der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums sagte, das US-Schiff sei von zwei mit Lenkwaffen ausgerüsteten Kriegsschiffen zum Abdrehen aufgefordert worden.

China protestierte am Donnerstag gegen die US-Provokation. Ein Sprecher des Außenministeriums forderte die USA auf, von solchen Aktionen abzusehen, da sie Zwischenfälle auf See und in der Luft auslösen könnten. Es war die erste derartige Patrouillenfahrt der USA seit Oktober. (Reuters/JW)

# NATO tritt »Anti-IS-Koalition« bei

Westliches Kriegsbandnis reiht sich in US-geführtes Kriegsbandnis ein. Kritik von Linkspartei

Noch vor dem Besuch Donald Trumps beim NATO-Gipfel kommt das Kriegsbandnis den Forderungen des US-Präsidenten entgegen. Wie Generalsekretär Jens Stoltenberg am Donnerstag vor dem Treffen in Brüssel bestätigte, tritt die NATO der US-geführten Koalition gegen den »Islamischen Staat« (IS) bei. Er verkündete dies am Donnerstag offiziell, nachdem die Mitgliedsstaaten am Vortag die Entscheidung getroffen hatten. Diese Maßnahme ist nach Darstellung von Stoltenberg mehr als ein symbolischer Schritt.

Das Bandnis werde nun als Koordinationsplattform für den Kampf gegen den IS dienen können, sagte Stoltenberg kurz vor Beginn des Gipfels. Außerdem werde die NATO den Einsatz ihrer »AWACS«-Flugzeuge ausweiten und die Stelle eines »Antiterrorkoordinators« schaffen. Auch solle der Austausch von Geheimdienstinformationen ausgebaut werden. Die einzelnen NATO-Staaten engagieren sich bereits in der Kriegscoalition. Lediglich eine direkte Beteiligung des Militärbündnisses an Kampfeinsätzen soll vorerst ausgeschlossen bleiben.

Die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sahra Wagenknecht, kritisierte die Entscheidung als »gefährlich«. »Alle Mitgliedsstaaten der NATO« riskierten, »für die Alleingänge einzelner Länder in Haftung genommen« zu werden, sagte sie der Nachrichtenagentur *dpa*. »Wenn US-Präsident Trump demnächst einmal wieder glaubt, von innenpolitischen Problemen durch einen Militärschlag gegen syrische Truppen ablenken zu müssen, ist künftig automatisch die gesamte NATO involviert.« Ein Konflikt mit Russland sei dann nicht aus-

geschlossen, der Weltfrieden akut bedroht.

Vor dem NATO-Gipfel drohte Bundeskanzlerin Angela Merkel dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan mit dem Abzug der Bundeswehr aus Incirlik, falls Ankara das Besuchsrecht deutscher Parlamentarier nicht anerkenne. Vor gut einer Woche hatte Ankara Bundestagsabgeordneten erneut den Besuch bei den rund 250 Bundeswehrsoldaten in Incirlik verweigert, die dort stationiert sind.

(dpa/Reuters/JW)

■ Siehe auch Seiten 3 und 8

**jw** wird herausgegeben von  
2.041 Genossinnen und  
Genossen (Stand 28.4.2017)  
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607